



## Rede zur konstituierenden Sitzung am 12.5.2026

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

zunächst gratuliere ich Ihnen Herr Oberbürgermeister und allen gewählten Stadträtinnen und Stadträten zur Wahl.

Sie, die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt haben uns mit unterschiedlichen politischen Überzeugungen in dieses Gremium entsandt – aber mit einem gemeinsamen Auftrag:

### **Verantwortung für Erlangen zu übernehmen.**

Unsere Pflicht ist daher, die Daseinsvorsorge für die Erlangerinnen und Erlanger sicherzustellen. Die vorhandenen finanziellen Mittel müssen dabei in erster Linie für Pflichtaufgaben eingesetzt werden. Erst wenn darüber hinaus Spielräume bestehen, können wir zusätzliche freiwillige Leistungen dauerhaft finanzieren.

Die AfD-Fraktion ist bereit, an dieser Aufgabe konstruktiv mitzuwirken. Wir werden gerne zu Lösungen beitragen, die Erlangen finanziell stabilisieren und die Handlungsfähigkeit der Stadt sichern.

Die aktuelle finanzielle Situation wurde heute bereits mehrfach angesprochen. Erlangen verfügt derzeit über keinen genehmigten Haushalt und steht vor erheblichen finanziellen Herausforderungen. Deshalb müssen wir ehrlich feststellen: Die kommenden Jahre werden von Prioritätensetzung und Konsolidierung geprägt sein.

Ich hätte heute auch gerne über Visionen zur Weiterentwicklung und das Angebot neuer freiwilliger Leistungen gesprochen, aber aktuelle Ereignisse und die heutige Tagesordnung haben meine Prioritäten verändert.

In den Erlanger Nachrichten vom 29. April war zu lesen: „Eine Million ist nicht genug.“ Der vorherige Stadtrat und die Stadtverwaltung haben sich auf Einsparungen von knapp 942.000 Euro verständigt, doch die Bezirksregierung hält diese Maßnahmen für nicht ausreichend. Bereits für 2026 fordert sie zusätzliche Einsparungen von fünf Millionen Euro, für 2027 weitere sechs Millionen – und danach noch deutlich mehr.

Politik und Verwaltung sind damit in der Pflicht, alle Ausgaben kritisch, pragmatisch und ideologiefrei zu prüfen. Auf der Webseite des Oberbürgermeisters ist dazu bis heute zu lesen:

### **„In der derzeitigen Krise gilt es nun umso mehr, alle Ausgaben ideologiefrei, konsequent und pragmatisch zu hinterfragen.“**

Basierend auf dieser Erkenntnis der Lage und den Forderungen aus Ansbach hat die AfD-Fraktion erwartet, dass heute ein Arbeitsprogramm vorgelegt wird, das weitere konkrete Schritte zur nachhaltigen Entlastung des Haushalts beinhaltet.

Die CSU hat aber offensichtlich diese genannten Prioritäten bereits über Bord geworfen. Wie Sie der Tagesordnung entnehmen können, geht es heute u.a. um folgende Maßnahmen:

- die Schaffung eines dritten Bürgermeisteramtes,
- die Einrichtung eines neuen, achten Referats - und das noch nicht einmal für die dringend erforderliche bessere Kooperation mit der Wirtschaft

Die Schaffung dieser zusätzlichen Strukturen bedeutet jährliche geschätzte Mehrausgaben in Höhe von ca. einer halben Million Euro pro Jahr – wo doch eigentlich Sparen angesagt ist, im ersten Schritt 5 Mio!

Bei den bereits erwähnten Sparzwängen, den sinkenden Einnahmen und der gesamtwirtschaftlichen Lage haben uns diese Pläne schockiert.

Da fehlt dann nur noch das **Sondervermögen**.

Die Ursachen der aktuellen Lage werden offensichtlich vor allem auf der Einnahmenseite gesehen – weniger auf der Ausgabenseite – wie in Berlin.

**Sicher**, der Einbruch der Gewerbesteuereinnahmen hat die Stadtfinanzen schwer getroffen. Allerdings hatten **wir** vor dieser möglichen Entwicklung bereits seit 2022 gewarnt.

Entscheidend ist jetzt nicht nur die Frage, warum Einnahmen zurückgehen, sondern wie wir mit dieser Situation verantwortungsvoll umgehen.

Fragen wir uns: **Wann ist** die Stadt zuletzt mit Gewerbesteuereinnahmen, wie sie aktuell verbleiben ausgekommen? Sehen wir uns dann an, was es seitdem an Veränderungen gab. So würden Wirtschaftsunternehmen oder auch Verwaltungen nach einer Lösung suchen.

Bezüglich **wann** kämen wir dabei wohl ins Jahr 2016 oder 2017!

Das bedeutet: Wir müssen uns sachlich anschauen, welche zusätzlichen Ausgaben und Projekte seitdem entstanden sind und dauerhaft Kosten verursachen. Dazu gehören **beispielsweise**:

- ein erheblicher Personalaufbau in der Stadtverwaltung, es geht hier um viele Millionen an dauerhaften Personalkosten
- die Ausrufung des Klimanotstandes, der für die Stadt bereits einen größeren Schaden angerichtet hat als es der natürliche Klimawandel je tun wird.
- der Erwerb der Räumlichkeiten der Firma Greiner und die Einrichtung des ZAM,
- neue freiwillige Projekte und Einrichtungen, wie beispielsweise das Queere Zentrum und diverse subventionierte Personalaufstockungen,
- sowie langfristige Verpflichtungen wie die Planungen zur StUB.

Die AfD-Fraktion will ausdrücklich nicht alles pauschal infrage stellen, was seit 2016/2017 beschlossen wurde. Aber in einer Krise muss man doch offen darüber sprechen dürfen:

Welche Ausgaben sind weiterhin zwingend notwendig?

Welche Ausgaben können verschoben werden?

Welche Ausgaben kann sich die Stadt auf Dauer möglicherweise nicht mehr leisten?

Deshalb halten wir auch eine offene Diskussion über frühere Beschlüsse für notwendig. Im Kooperationsvertrag von CSU und Grüne/GL heißt es jedoch unter der Überschrift „Grundsätze und Werte“:

**„Bereits im Stadtrat gefallene Beschlüsse werden respektiert und nicht erneut aufgemacht.“**

Wir verstehen den Wunsch nach Verlässlichkeit. Dennoch darf politische Verantwortung nicht bedeuten, dass man unter veränderten finanziellen Rahmenbedingungen keine Neubewertung mehr zulässt.

Die CSU schreibt auf ihrer Webseite: **„Die Zeit des ‚Weiter so‘ ist vorbei.“**

Sollte man diesem Anspruch dann nicht auch in der praktischen Politik gerecht werden?

Albert Einstein wird häufig mit folgendem Satz zitiert:

**„Die Definition von Wahnsinn lautet: Das Gleiche immer und immer wieder tun und ein anderes Ergebnis erwarten.“**

Das Zitat erinnert daran, dass es zur politischen Verantwortung gehört Entscheidungen immer wieder realitätsbezogen zu prüfen und gegebenenfalls anzupassen.

Mit Blick auf den seitens CSU und Grüne/GL eingeschlagenen Kurs ist für uns besonders besorgniserregend, der quasi ignorierte erhebliche Sanierungsbedarf in Erlangen, der mittlerweile auf mindestens 400 Millionen Euro geschätzt wird. Straßen, Gebäude, Schulen und Infrastruktur warten vielerorts auf Investitionen. Das ist der Kernbereich kommunaler Verantwortung, der aus unserer Sicht faktisch ignoriert wird. Stattdessen träumt man jetzt sogar laut von einem Ost-Ast der StUB nach Gräfenberg und dem Bau der Regnitzstadt.

Wir als AfD-Fraktion werden zukünftig insbesondere **die** Anträge kritisch prüfen, die zusätzliche freiwillige Leistungen oder andere dauerhafte Belastungen bedeuten. Wir werden gleichzeitig an Lösungen mitwirken, die die Verwaltung effizienter machen, Prioritäten neu ordnen, die Stadt attraktiver für angesiedelte und neue Gewerbetreibende machen und notwendige Investitionen in die Infrastruktur ermöglichen.

Wir werden die Einrichtung eines dritten Bürgermeisteramtes und eines achten Referats ablehnen.

Wir werden weiterhin unsere Position aus dem Wahlkampf vertreten:

**„StUB stoppen – Erlangen sanieren.“** Uns ist dabei bewusst, dass die finanziellen Herausforderungen insgesamt erheblich größer sind. Wenn das gelingen soll brauchen wir eine ehrliche, ideologiefreie Debatte über Prioritäten.

Liebe Erlangerinnen und Erlanger, sie erwarten von uns im Stadtrat - zu Recht - keine parteipolitischen Schlagworte, sondern Verantwortungsbewusstsein, Transparenz und dass wir schwierige Entscheidungen gemeinsam treffen.

Dazu sind wir bereit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Robert Aust

Stadtrat

Fraktionsvorsitzender